



### Aus der Landesregierung

#### **Minister Schneider empfängt muslimische Dachverbände: Die Muslime und der Islam gehören zu NRW - deshalb brauchen wir einen verstetigten Dialog**

Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider und die Staatssekretärin für Integration, Zülfiye Kaykin, haben Vertreter des Koordinationsrats der Muslime (KRM) und der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF) offiziell in Düsseldorf empfangen. Hintergrund der Einladung der Dachverbände, die alle ihren Hauptsitz in NRW haben, ist: Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird unter Federführung des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales im kommenden Jahr das „Dialog Forum Islam“ (DFI) einrichten. „Damit schlägt Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland den Weg eines intensiven und dauerhaften Islamdialogs ein“, so Minister Schneider. Die gesamte Pressemitteilung finden Sie unter:

[http://www.mais.nrw.de/06\\_Service/001\\_Presse/001\\_Pressemitteilungen/pm2012/10-Oktober\\_2012/121012a/index.html](http://www.mais.nrw.de/06_Service/001_Presse/001_Pressemitteilungen/pm2012/10-Oktober_2012/121012a/index.html)

#### **Rede der Staatssekretärin Zülfiye Kaykin in Vertretung für den Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen anlässlich der 3. Sitzung des Integrationsausschusses am 26. September 2012: Einführung in den Haushaltsentwurf 2012 Einzelplan 11 - Kapitel: Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter**

(Es gilt das gesprochene Wort) Die Aufstellung des aktualisierten Haushaltsplans 2012 stellt – trotz der günstigeren Einnahmeentwicklung auf der Steuerseite – das Land weiterhin vor eine riesige Herausforderung. Wir verbinden in unserem Etatentwurf einen realistischen Konsolidierungskurs mit Investitionen in die Zukunftsfähigkeit von NRW – in Bildung und Betreuung unserer Kinder und die Stärkung unserer Kommunen. Als Gesamtausgaben sind im Landeshaushalt 2012 insgesamt 58,8 Milliarden € vorgesehen. Davon entfallen rd. 2,8 Milliarden € auf den Einzelplan meines Ministeriums. Ein substantieller Teil des Aufwuchses ist auf zusätzliche Mittel für die Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes zurückzuführen. Der Gesamtansatz für die Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter beträgt damit rd. 27,6 Mio. €.

Nun zu den Veränderungen im Detail: Das Kapitel Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter (11 060) steht im Haushaltsjahr 2012 ganz im Zeichen des Teilhabe- und Integrationsgesetzes, das vom Landtag im Februar einstimmig verabschiedet wurde. Nun geht es um die Umsetzung der im Gesetz angelegten Neuerungen. Der Haushaltsansatz ist deshalb im Vergleich zum Vorjahr um fast 10 Mio € erhöht. Den rd. 18 Mio € des Ansatzes für 2011 stehen nunmehr rd. 28 Mio € gegenüber. Dieser Mittelzuwachs ist sowohl finanzpolitisch ausgewogen als auch fachpolitisch sinnvoll und effektiv. Das gilt z.B. für die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Titel 633 10). Dabei geht es um die Integrationspauschalen, die die Kommunen für die Aufnahme besonderer Zuwanderergruppen erhalten. Den Ansatz erhöhen wir um 1,9 Mio € auf 3,6 Mio €; er wird also mehr als verdoppelt.

Dass es uns mit der Unterstützung der Kommunen sehr ernst ist, zeigt sich auch in der Titelgruppe 68. Hier sind u.a. die Mittel für die kommunalen Integrationszentren etatisiert. Mit der Erhöhung von rd. 2,4 Mio € auf nunmehr 9,8 Mio € vervierfachen wir alleine im Bereich der Barmittel die Unterstützung kommunaler Integrationsarbeit durch das Land. Auch daran wird noch einmal deutlich, was ich Ihnen bereits in der letzten Sitzung vorgetragen habe: Bei den kommunalen Integrationszentren geht es nicht um einen „Etikettenwechsel“ der RAAs. Es geht vielmehr um eine neue Qualität von vernetzt gesteuerter Integrationspolitik aus einem Guss vor Ort, bei der auch Integration durch Bildung eine wesentliche, aber nicht die alleinige Rolle spielt. Diese neue Qualität braucht mehr Mittel. Wir wollen sie mit diesem Haushalt zur Verfügung stellen.

Auch die freien Träger werden weiter in ihrer Integrationsarbeit durch die Erhöhung der Mittel für die Integrationsagenturen um knapp 1,5 Mio € und der Mittel zur Förderung von Selbstorganisationen von Migranten gestärkt. Hier geht es um ein Plus von etwas mehr als 800.000 €. Damit können einerseits zusätzliche Integrationsagenturen entstehen; andererseits wird die wichtige Arbeit der Migrantenorganisationen weiter gestärkt werden.

Von großer Bedeutung ist für mich auch die Erhöhung der Fördermittel für den Landesintegrationsrat um 100.000 €. Damit stabilisieren wir die Arbeit dieser wichtigen Einrichtung.

Der Etatentwurf 2012 der Landesregierung bildet eine solide und belastbare Basis für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Integrationspolitik in NRW. Er fördert die Verbindlichkeit in der Integrationspolitik – entsprechend dem zentralen Ziel des Teilhabe- und Integrationsgesetzes. Mit dem Haushalt stärken wir Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir

gestalten die Einwanderungswirklichkeit unseres Landes.

### **Rede der Staatssekretärin Zülfiye Kaykin in Vertretung für den Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen anlässlich der 3. Sitzung des Integrationsausschusses am 26. September 2012: Einführung in die integrationspolitischen Schwerpunkte der 16. Wahlperiode**

(Es gilt das gesprochene Wort) Die Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes wird der integrationspolitische Schwerpunkt dieser Legislaturperiode sein. In ihrer Regierungserklärung vom 12. September hat Frau Ministerpräsidentin Kraft das Gesetz als Grundlage für eine gezielte Politik der Chancengleichheit bezeichnet. Das Gesetz steht für ein Mehr an Teilhabe und eine zielgerichtete, verlässliche Förderung. Damit richtet es sich nicht nur an das Integrationsministerium, sondern an alle Ressorts der Landesregierung. Das Gesetz bezieht sich u. a. auf:

- Integration durch Bildung,
- Integration und Arbeit,
- Integration und bürgerschaftliches Engagement,
- Integration und Stadtentwicklung,
- Integration und Verbraucherschutz
- und Integration und Medienkompetenz .

Gemessen wird das Gesetz aber nicht an seinen Zielen, sondern an seinen Wirkungen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass alle Ressorts daran aktiv mitwirken und wir eine Integrationspolitik aus einem Guss bekommen. Was an konkreten Umsetzungsschritten zu tun ist, das werden wir im Integrationspolitischen Arbeitsprogramm der Landesregierung festlegen. Dieses Arbeitsprogramm wird erarbeitet, abgestimmt und umgesetzt von der Interministeriellen Arbeitsgruppe Integration unter der Leitung von Frau Staatssekretärin Kaykin. Ohne diesem Prozess vorgreifen zu wollen, möchte ich aber schon heute auf einige zentrale integrationspolitische Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode eingehen.

#### **1. Einrichtung der Kommunalen Integrationszentren**

Die wichtigste programmatische und institutionelle Weichenstellung des Integrationsgesetzes ist die nachhaltige Stärkung der Integrationskraft der nordrhein-westfälischen Kommunen (§ 7). Dazu habe ich auch in Ihrer letzten Sitzung schon kurz vorgetragen. Wir investieren in die Integration vor Ort. Denn dort entscheidet sich letztlich, ob Integration und Zusammenleben in Verschiedenheit gelingen. Unser Ziel ist es, bis Ende 2013 in allen Kreisen und kreisfreien Städten jeweils ein Kommunales Integrationszentrum einzurichten. Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Aber die sehr positive Resonanz aus den Kommunen und die Diskussionen in Räten und Kreistagen stimmen mich optimistisch. Wir wissen aus dem Sozialbericht, den ich Anfang des Monats vorgelegt habe, dass Menschen mit Migrationshintergrund stärker von Armut bedroht sind als Menschen ohne Migrationshintergrund. (Die Armutsrisikoquote von Menschen ohne Migrationshintergrund liegt laut Sozialbericht bei 10,4 %, die von Menschen mit Migrationshintergrund bei 28,6 %.) Wer sozialen Aufstieg ermöglichen will, der muss heute gezielt in Integration investieren. Das tun wir u.a. mit den Kommunalen Integrationszentren.

#### **2. Bleibender Auftrag: Interkulturelle Öffnung**

Das Gesetz sieht als besonderen Schwerpunkt die weitere interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung vor. Das ist kein Projekt, sondern ein längerfristiger Prozess, den wir mit der Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ bereits begonnen haben. Dazu gehört die Selbstverpflichtung zur Erhöhung des Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst und zur Förderung der interkulturellen Kompetenz der Bediensteten der Landesverwaltung. Unsere Befragung bei den Beschäftigten der obersten Landesverwaltung hat ergeben: 12 % haben einen Migrationshintergrund. Das ist nicht wenig – aber nur die Hälfte des Bevölkerungsanteils von rd. 24 %. Es gibt also noch viel Nachholpotential – übrigens auch für Kommunen, Verbände und Unternehmen. Das Pilotprojekt zur Anonymisierten Bewerbung ist beendet. Jetzt werden die Ergebnisse ausgewertet. Am Jahresende liegt der Abschlussbericht vor mit Empfehlungen, wie mit dem Instrument der Anonymisierten Bewerbung weiter umgegangen werden soll.

#### **3. Einbürgerungsoffensive Nordrhein-Westfalen**

Die Landesregierung will die Zahl der Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen wieder erhöhen (2011 wurden 29.400 Personen in NRW eingebürgert, 2000 waren es 65.700). Es gibt hier ein Missverhältnis, das unserer Demokratie nicht gut tut, und das wir nicht akzeptieren dürfen. Dieses Missverhältnis besteht darin, dass sehr viele Ausländerinnen und Ausländer die Voraussetzungen der Einbürgerung erfüllen – aber nur wenige sich einbürgern lassen. Nur 2 von 100 Ausländerinnen und Ausländern in NRW wurden 2011 deutsche Staatsbürger. Das soll besser werden. Da bin ich mir mit meinem Ministerkollegen

Ralf Jäger einig. Konkrete Vorschläge, wie wir zu mehr Einbürgerungen kommen, werden von einer Projektgruppe meines Ministeriums und des Innenministeriums erarbeitet. Nur PR-Aktionen mit Großplakaten und Werbespots zu machen, das reicht nicht! Wir wollen gemeinsam mit den kommunalen Einbürgerungsbehörden Wege zur besseren Information der Menschen entwickeln.

Einige Bausteine unserer Offensive kann ich Ihnen schon nennen: Wir planen eine regelmäßige repräsentative Feier mit Neueingebürgerten aus allen Landesteilen als Zeichen der Anerkennung und Zugehörigkeit. Hier wäre auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Landtag denkbar.

Wir werden Informationen rund um das Thema Einbürgerung im Internet platzieren. Jeder Interessierte soll mit wenigen Klicks zu den Kontaktdaten seines Ansprechpartners in seiner Einbürgerungsbehörde kommen.

Jeder „optionspflichtige“ Jugendliche wird ein persönliches Schreiben von mir und Minister Jäger erhalten. Darin werben wir dafür, dass diese Jugendlichen Deutsche mit allen Rechten und Pflichten bleiben, und informieren sie über die Risiken, die entstehen, wenn sie nicht aktiv werden. Als Landesregierung setzen wir uns für die Abschaffung dieser unsinnigen und noch dazu hochbürokratischen Optionspflicht ein. Sie zwingt Jugendliche zu einer Entscheidung zwischen ihrem deutschen Pass und dem ihrer Eltern. Das alles könnte vermieden werden, wenn wir endlich die doppelte Staatsangehörigkeit als Normalität in modernen Gesellschaften akzeptieren. Der niedersächsische Ministerpräsident McAllister hat 2 Pässe. Warum wird ihm zugestanden, was dem türkeistämmigen Facharbeiter verweigert wird? Das macht keinen Sinn!

#### 4. Mehr Förderung von Migrantenorganisationen

Unverzichtbar für gelingende Integration ist Teilhabe der Zugewanderten auf allen Ebenen. Dazu gehört auch die Arbeit der vielen engagierten Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Unterstützung. Migrantenorganisationen sind ein Potenzial für aktive Partizipation, von dem unsere Gesellschaft nur profitieren kann. Nordrhein-Westfalen war das erste Land, das ein eigenes Förderprogramm für Migrantenorganisationen aufgelegt hat. Auf der Grundlage des Gesetzes kann diese Förderung nun erhöht werden. Wir wollen diese Förderung aber darüber hinaus auch qualitativ neu aufstellen, um die unterschiedlichen Bedarfe von solchen Organisationen berücksichtigen zu können. Noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund sollen sich aktiv gesellschaftlich engagieren können.

In der Legislaturperiode wird auch unser Integrationsbericht erscheinen, der auf der Grundlage der Indikatoren erarbeitet wird, die zwischen den Ländern vereinbart wurden.

Wir werden weiterhin alle 2 Jahre in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Solingen den großen Fachkongress zu aktuellen Fragen von Integration und Zusammenleben durchführen. 2013 findet der nächste statt.

#### 5. Abschließende Bemerkungen

Ich konnte nur die wichtigsten integrationspolitischen Schwerpunkte in der laufenden Legislaturperiode anreißen. Wie wir vorankommen, das halten wir in unserem Integrationspolitischen Arbeitsprogramm fest. Ich werde Sie sehr gerne über die Fortschritte regelmäßig informieren.

## Neuigkeiten aus der integrationspolitischen Infrastruktur in NRW

### Netzwerk für Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte

Das Netzwerk für Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte wird in Zusammenarbeit mit der RAA Gelsenkirchen am 23. November 2012 eine Fortbildung für Netzwerkmitglieder und interessierte Lehrkräfte mit Migrationshintergrund aus Gelsenkirchen und Umgebung zum Stressmanagement anbieten. Weitere Informationen unter Tel.: 0211 - 63 55 32 69

## Aktuelles

### 12. Abrahamsfest in Marl

Zum 12. Mal findet das Abrahamsfest in Marl vom 22.09 bis 18.12.2012 statt. Das diesjährige Thema lautet „Für Bildung braucht’s Viele. Würde und Verantwortung“. Persönliche Würde und Verantwortung für andere fallen nicht fertig vom Himmel sondern Heranwachsende und Erwachsene entwickeln ihre Prägung und Reife im Laufe eines Lebens. Mehr als die Hälfte der vielen Veranstaltungen zwischen dem 22. September und dem 18. Dezember richten sich an Kinder und Jugendliche. Der Veranstalter des Abrahamsfest ist die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl in Zusammenarbeit mit den Kirchen und Moscheen in Marl, mit der Jüdischen Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen, dem Integrationsrat Marl und der Stadt Marl. Das Fest wird u.a. vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW gefördert. Weitere Informationen unter: <http://www.abrahamsfest-marl.de>

### **Düsseldorf: Start der fünften bundesweiten Qualifizierung zur Sprach- und Integrationsmittlerin bzw. zum Sprach- und Integrationsmittler**

Am 2. November startete die redatec GmbH, eine Tochtergesellschaft der Diakonie Düsseldorf, mit der Qualifizierung von 20 Migrantinnen und Migranten zur Sprach- und Integrationsmittlerin bzw. zum Sprach- und Integrationsmittler (SprInt). Professionelle Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler bauen Brücken im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Sie kommen dann zum Einsatz, wenn sprachliche und kulturelle Barrieren die Behandlung oder Beratung erschweren. Neben fachspezifischem Dolmetschen leisten sie interkulturelle Vermittlung, intervenieren in Konfliktsituationen und unterstützen Fachkräfte in der Sozialen Arbeit mit Migrantinnen und Migranten. Bewerbungen sind noch möglich. Der Kurs stellt die fünfte bundesweite Qualifizierung nach dem erprobten Konzept des Verbundprojektes SprIntpool-Transfer dar. Unter der Koordination der Migrationsdienste der Diakonie Wuppertal arbeiten zwölf Projektpartner an der Einführung der Dienstleistung der Sprach- und Integrationsmittlung nach bundeseinheitlichen Qualitätsstandards. Parallel zur Qualifizierung bauen die Partner bundesweit zehn SprInt-Vermittlungszentralen auf. Diese ermöglichen Einrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens die bedarfsgerechte und unkomplizierte Buchung von SprInt. Der SprIntpool Wuppertal und Aachen stellen bereits NRW-weit Mittler für insgesamt 50 Sprachen bereit, die von zahlreichen Beratungsstellen, Schulen, Jugendämtern und Kliniken abgerufen werden. Informationen zur Dienstleistung zu den Standorten der Vermittlungszentralen erhalten Sie unter: [www.sprint-transfer.de](http://www.sprint-transfer.de)

Ansprechpartnerin für die SprInt-Qualifizierung in Düsseldorf:

Yudith Yazdani  
redatec GmbH  
Ellerkirchstraße 80  
40229 Düsseldorf  
[yazdani@redatec.de](mailto:yazdani@redatec.de)  
Tel.: 0211- 220 90 69

Ansprechpartner für das bundesweite Projekt:

Fabian Junge  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
SprIntpool-Transfer  
Migrationsdienste, Diakonie Wuppertal  
[junge@migrationsdienst-wuppertal.de](mailto:junge@migrationsdienst-wuppertal.de)  
Tel.: 0202-97444-724

### **Der ewige Antisemitismus – Aufklärung statt Betroffenheit - Ergebnisse und Empfehlungen einer Untersuchung**

Eine Veranstaltung von Düsseldorfer Appell/Respekt und Mut und Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Düsseldorf e.V. mit Dr. Juliane Wetzel, Zentrum für Antisemitismusforschung – TU Berlin. „Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland existiert nicht.“ Das Fazit des ersten Berichts des vom Bundesinnenministerium einberufenen „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ Ende letzten Jahres könnte nicht ernüchternder sein. Dabei wäre eine solche Gesamtstrategie dringend nötig, denn immerhin sind bis zu 20 % der Bundesdeutschen latent antisemitisch eingestellt. Der Bericht stellt zudem eine „tiefe Verwurzelung von klischeehaften Judenbildern und antisemitischen Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft“ fest. Dr. Juliane Wetzel, die an dem Bericht der Expertenkommission mitgearbeitet hat, stellt im Überblick die Untersuchungsergebnisse vor, erläutert die Erscheinungsformen des aktuellen Antisemitismus und geht der Frage nach, welche Behandlungsformen vor allem an Schulen geeignet sein können, dieses pathologische Vorurteil zu überwinden. Die Veranstaltung findet am Dienstag, den 20. November, 19:00 Uhr im Haus der Kirche, Bastionstraße 6, Saal 1 statt. Der Eintritt ist frei. Informationen bei Volker Neupert, Tel. 95757-794 oder unter: <http://www.respekt-und-mut.de/>

## Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland

Das BAMF Working Paper beruht auf empirischen Daten und Studien und konzentriert sich zum einen auf die Ausprägung ausgewählter politischer Einstellungen und zum anderen auf die Nutzung unterschiedlicher politischer Partizipationsformen. Einstellungen, die sich förderlich auf die politische Teilhabe auswirken – so z.B. eine positive Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz – sind danach bei Zuwanderinnen und Zuwanderern der ersten Generation geringer ausgeprägt als bei Personen der zweiten Zuwanderergeneration oder bei Personen ohne Migrationshintergrund. Zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der zweiten Zuwanderergeneration bestehen jedoch kaum Unterschiede, wenn letztere die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt das Bewusstsein der selbst zugewanderten Personen für politische Belange. Dies deutet darauf hin, dass politische Orientierung ein Prozess ist, der Zeit benötigt. Die Studie steht zur Verfügung unter [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile)

## Migration und demographischer Wandel

Aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zu Migration und Demographie in Städten und Gemeinden: Ländlicher Raum zieht kaum Zuwanderinnen und Zuwanderer an. Deutschland schrumpft, und nur Zuwanderung kann das verhindern. So lautet die Prognose für die demographische Entwicklung in Deutschland. Die bundesweite Statistik bestätigt das: Der positive Wanderungssaldo – 2011 wanderten 280.000 Menschen mehr ein als aus – sorgte im vergangenen Jahr sogar erstmals seit 2002 wieder für einen Bevölkerungszuwachs. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt jedoch, dass sich die Hoffnung, Zuwanderung könne den Bevölkerungsrückgang bremsen, bisher nur für urbane Zentren erfüllt. In die vom demographischen Rückgang besonders betroffenen Kommunen findet Zuwanderung kaum statt. Im Gegenteil: Dort sinkt mit der Einwohnerzahl auch der Ausländeranteil. Die Studie finden Sie unter: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4D44A124-3D6F4F07/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_36564\\_36565\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4D44A124-3D6F4F07/bst/xcms_bst_dms_36564_36565_2.pdf)

## Interreligiöse Feiertage der nächsten Wochen

15.11.2012 Islamisches Neujahr (Jahr 1434) – Islamisch

15.11.-26.11.2012 Muharrem-Fasten – Alevitisch

15.11.2012/28.11.2012\* Beginn der vorweihnachtlichen Fastenzeit – Orthodox

21.11.2012 Buß- und Betttag – Evangelisch

24.11.2012 Aschura – Islamisch

27.11.2012 Aschure-Tag – Alevitisch

02.12.2012 Beginn des Advents – Evangelisch/Katholisch

06.12.2012/19.12.2012\* Heiliger Nikolaus – Katholisch/Orthodox

Den Interreligiösen Kalender 2012 mit näheren Informationen zu den einzelnen Feiertagen können Sie kostenlos bestellen:

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais>.

Wenn Sie den Newsletter **nicht weiter beziehen möchten** können Sie sich über [das Abmeldeformular](#) wieder aus der Verteilerliste austragen.

Eine PDF Version dieses Newsletters finden Sie [hier](#)

### Kontakt und Impressum

Ministerium für Arbeit, Integration  
und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen  
Daniela Milutin, Pressesprecherin  
Fürstenwall 25  
40219 Düsseldorf